

Česlovas Laurinavičius

Litauen in den Krisenjahren 1938–1940: äußere und innere Probleme

Litauen wurde im Laufe von zwei Jahren (1938–1940) mindestens viermal ein Ultimatum gestellt, das zum Verlust der staatlichen Souveränität führen konnte. Allerdings war der Entwicklungsvektor dieses Prozesses nicht eindeutig geradlinig, besonders wenn man ihn nicht nur vom Standpunkt der Außenpolitik, sondern auch vom Standpunkt der Innenpolitik betrachtet.

Der Verlust von Klaipėda

Am 17. März 1938 stellte Polen Litauen ein Ultimatum mit der Forderung, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, was von vielen Menschen in Litauen als Forderung verstanden wurde, auf einen Kampf um Vilnius zu verzichten. Dieses Ereignis war eine wesentliche Voraussetzung für Litauens Verlust von Klaipėda. Am folgenden Tag, als die litauischen Diplomaten sich noch fieberhaft um Unterstützung und Schutz gegen den polnischen Druck bemühten, erging die Weisung des deutschen Kanzlers Adolf Hitler, die Wehrmacht solle „das Memelland besetzen, wenn es zum Krieg zwischen Litauen und Polen kommt“. Zur selben Zeit legte der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop dem litauischen Botschafter in Berlin, Jurgis Šaulys, elf Forderungen vor – gleichsam ein Ultimatum – das von Litauen verlangte, das Kriegsrecht im Memelland aufzuheben und vom Verbot pronazistischer Aktivitäten in diesem Gebiet Abstand zu nehmen.

Diese Entwicklung war durch die relativ passive Reaktion der Sowjetunion vorherbestimmt, deren Möglichkeiten damals sowohl durch den Popularitätsverlust des Gedankens der kollektiven Sicherheit im internationalen Bereich als auch durch die politischen Repressalien in der Sowjetunion selbst, stark eingeschränkt waren. Die Erfüllung des polnischen Ultimatums durch Litauen am 19. März bedeutete in geopolitischer Hinsicht den Bruch der bekannten Achse „Kaunas-Moskau“, die seit 1920 bestanden und Litauen Halt sowohl bei der Konfrontation mit Polen als auch mit Deutschland gegeben hatte.

Die Erfüllung der Forderungen von Ribbentrops war allerdings nicht streng termingebunden, daher hatten die litauischen Diplomaten noch Manövriermöglichkeiten. Und das umso mehr, als die Regierung des Dritten Reiches seit Frühjahr 1938 mit den Problemen der Sudetenkrise beschäftigt war. Die litauischen Diplomaten begannen zu lavieren: Einerseits fing die Regierung an, die deutschen Forderungen nacheinander, doch ganz ohne Eile, zu erfüllen, während sie andererseits die Hoffnung hegte, die Sudetenkrise werde es den europäischen Staaten ermöglichen, dem deutschen Expansionismus durch

gemeinsame Anstrengungen Einhalt zu gebieten. Vor allem setzte die litauische Diplomatie auf die Möglichkeit der Fortsetzung der Politik der kollektiven Sicherheit und lehnte, im Unterschied zu anderen kleinen Ländern, einen Neutralitätskurs ab.

Allerdings begannen im Sommer 1938 Tendenzen des berüchtigten „Appeasements des potentiellen Aggressors“ in der europäischen Politik vorzuherrschen. Die in politischer Hinsicht führenden Länder Großbritannien und Frankreich nahmen Kurs auf Vereinbarungen mit Deutschland auf Kosten der Länder Zentral- und Osteuropas. Sie waren bestrebt, eine Situation zu vermeiden, in der sich die Sowjetunion aktiv in die europäischen Angelegenheiten einschalten konnte. Daher wurde der Druck auf die kleinen, an die Sowjetunion angrenzenden Länder, insbesondere auf Litauen, erhöht. Man verlangte von Litauen, seine Verpflichtungen nach Artikel 16 der Völkerbundssatzung auszusetzen und Truppen, die einem Aggressionsopfer Beistand leisten wollten, den Durchmarsch durch sein Hoheitsgebiet zu verweigern.¹

Litauen versuchte, sich diesem Druck zu widersetzen, da eine Isolierung der Sowjetunion für Litauen ein Anwachsen der von Deutschland (eventuell auch von Polen) ausgehenden Gefahr bedeutet hätte. Im Juli 1938 kam Antanas Merkys, ein dem litauischen Präsidenten Antanas Smetona nahe stehender Politiker, zu einem inoffiziellen Besuch nach Moskau. Offenbar sollte Merkys die Absichten der sowjetischen Regierung sondieren – nicht zuletzt, weil die Expansion des Reiches in Richtung Klaipėda als ein strategischer Schritt zur Vorbereitung eines Angriffs auf die Sowjetunion betrachtet werden konnte. In Moskau wurde Merkys vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Maksim Litvinov, empfangen, und in der „Pravda“ erschien ein Artikel, in dem die faschistischen Bestrebungen im Memelland verurteilt wurden.² Doch offensichtlich erzielte Merkys keine konkreteren und bedeutsameren Ergebnisse. Die Sowjetführung konnte Litauen unter Berücksichtigung der Position der westlichen Staaten lediglich als zweitrangigen Faktor für die Begründung des eigenen strategischen Kurses betrachten. Zumal Moskau zu diesem Zeitpunkt bereits verlockende Angebote aus Berlin erhalten hatte. Litauen blieb so nichts anderes übrig, als der stärker gewordenen Tendenz des Appeasements nachzugeben.

Litauen scheint das letzte europäische Land gewesen zu sein, das sich zur Abkehr von den kollektiven Verpflichtungen nach Artikel 16 der Völkerbundssatzung entschloss. Formal geschah dies durch Außenminister Stasys Lozoraitis am 21. September auf der Völkerbundversammlung. In seiner Erklärung betonte der Minister, Litauen habe sich bei seiner Entscheidung in dieser Sache von einem Vorschlag Großbritanniens leiten lassen.³ In jenen Septembertagen spitzte sich die Frage nach dem Schicksal der Tschechoslowakei zu, und der litauischen Entscheidung kam möglicherweise ein besonderer Stellenwert zu.

¹ Bericht des litauischen Außenministers S. Lozoraitis vom 2. Sept. 1938 über seine Gespräche mit den Botschaftern ausländischer Staaten zur Frage des Artikels 16 der Völkerbundssatzung. Lietuvos Centrinis Valstybės Archyvas (LCVA), f. 648, op. 1, d. 53, l. 309.

² Bericht des litauischen Botschafters in der UdSSR J. Baltrušaitis vom 24. Juli 1938. LCVA, f. 383, op. 7, d. 1215, l. 201).

³ Ministro Lozoriačio kalba Ženevoje. In: Lietuvos aidas vom 23. Sept. 1938, Nr. 427; Nachweis: Vzaimootnošenija meždu SSSR i Litvoj. Archiv vnešnej politiki SSSR (AVP SSSR, heute AVP RF), f. 151: Polpredstvo SSSR v Litve, op. 14, por. 5, p. 15, l. 11.

Bald nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens begannen sich aus London Gerüchte zu verbreiten, der britische Premierminister Neville Chamberlain habe von Hitler die Zusicherung erhalten, dass Klaipėda „bei Litauen bleibt“. In Kaunas betrachtete man diese Nachricht als Belohnung für das Segeln im Fahrwasser Londons. Man hegte die Hoffnung auf eine leichtere Lösung des Problems Klaipėda. Dies war jedoch eine Illusion. Nach München nahm der britische Einfluss in der Region stark ab. Die weiteren Aktivitäten von London und Paris ließen keinen Zweifel daran, dass man nicht die Absicht hatte, die deutsche Expansion in Richtung Klaipėda zu behindern.

Indessen kam Hitler bereits am 24. Oktober auf seine Weisung vom 18. März zurück, die die Vorbereitung auf die Besetzung Klaipédas „in nächster Zeit“ anordnete, und am 24. November wurde diese Vorgabe nochmals bestätigt. Die deutsche Aggression war für Mitte Dezember anvisiert, unmittelbar nach den Wahlen zum örtlichen Parlament. Der Druck auf Litauen wurde so stark erhöht, dass der litauische Staatsapparat kurz vor dem Zusammenbruch stand. In der litauischen Regierung klammerte man sich an die Idee, ein Treffen mit der obersten Führung des Reiches sei möglich, wobei man hoffte, so zu einem *Modus vivendi* gelangen zu können. Doch in Berlin galt die Vorgabe: keine diplomatischen Treffen mit den Litauern, Druck auf die litauische Regierung mit dem Ziel, entweder deren freiwilligen Verzicht auf Klaipėda oder die vollständige Unterwerfung des litauischen Staates unter das Reich zu erlangen.⁴

Ende November gab es in der obersten Führung des Dritten Reiches einige Verwirrung. Am 28. November erging von dort (ohne jede Erklärung) eine weitere Anordnung zu Klaipėda: „Aktion aussetzen“. Sofort tauchten die verschiedensten Mutmaßungen hierzu auf. Es ist anzunehmen, dass diese Wende durch die neue Situation beeinflusst wurde, die seit November im östlichen Baltikum entstanden war.

Denn nach München hatte die deutsche Führung begonnen, Druck auf die bis dahin *de facto* im Gleichschritt mit ihr marschierende polnische Regierung auszuüben. Die Forderungen, die das Reich an Polen stellte, waren mit einer Beschneidung der polnischen Souveränität gleichbedeutend (im Austausch wurde eine Entschädigung auf Kosten Litauens versprochen)⁵. Der polnischen Regierung gefiel diese Perspektive überhaupt nicht, und sie nahm, um sich dem Druck aus Deutschland zu widersetzen, den Dialog mit der Sowjetunion wieder auf. Am 26. November unterzeichneten Moskau und Warschau eine gemeinsame Erklärung. Die sich abzeichnende Annäherung zwischen Polen und der Sowjetunion hatte für Litauen positive Bedeutung, denn die deutschen Ambitionen hinsichtlich Klaipėda gefielen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, weder der Sowjetunion, noch Polen, noch Litauen. Moskau war bereit, bei der Annäherung an Warschau noch weiter zu gehen: Es schlug einen Garantieentwurf für die baltischen Staaten oder sogar ein Militärbündnis zwischen diesen, Polen und der Sowjetunion gegen die deutsche Expansion vor.⁶ Doch Warschau, das Moskau nicht vertraute, wollte so weit nicht gehen.⁷

⁴ Joachim Tauber: Memelland 1918–1939 [Manuskript], S. 110.

⁵ Tadeusz Jędruszczak, Maria Nowak-Kielbikowa (Hrsg.): Dokumenty z dziejów polskiej polityki zagranicznej. 1918–1939. 2 t. T. II: 1933–1939. Warszawa 1996, S. 201–204.

⁶ Bericht J. Baltrušaitis nach Kaunas vom 26. Nov. 1938. LCVA, f. 383, op. 7, d. 2035, l. 11; Bericht des litauischen Botschafters in Großbritannien, B. Balutis nach Kaunas, vom 15. Dez. 1938. LCVA, f. 648, op. 1, d. 8, l. 227.

⁷ Leon Mitkiewicz: Kauno atsiminimai. 1938–1939. Vilnius 2002, S. 137–147.

Dennoch begann Polen ab Ende 1938 sein Interesse am Verbleib Klaipédas bei Litauen zu demonstrieren.⁸

Es liegen keine Erkenntnisse vor, in welchem Umfang Berlin über den Inhalt des sowjetisch-polnischen Dialoges informiert war. Allerdings kann gemutmaßt werden, dass es dieser Dialog war, der die Führung des Dritten Reiches zum Aufschub seiner Pläne bezüglich Klaipédas veranlasste. Die Tendenzen zu einem gemeinsamen Handeln der ost-europäischen Staaten konnten zu einem wesentlichen Faktor werden, der die deutsche Expansion eindämmte. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die Führung des Dritten Reiches eine gewisse Zeit benötigte, um Klarheit über die realen Absichten Moskaus und Warschaus zu gewinnen. Die Rede Stalins auf dem 18. Parteitag der VKP(b) am 10. März 1939 scheint wohl die Überzeugung der führenden Vertreter Deutschlands gestärkt zu haben, die Sowjetunion habe keine Einwände gegen eine strategische Annäherung an Deutschland. Für Berlin war es nicht sehr schwierig, sich davon zu überzeugen, dass das Interesse der Polen an dem Problem Klaipédas nur der Versuch war, die Aufmerksamkeit des Reiches von den eigentlichen polnischen Angelegenheiten abzulenken. Als sich Litauen angesichts der Bedrohung durch einen sogenannten Anschluss im März 1939 an Warschau wandte, kam von dort keinerlei Antwort.⁹

Allerdings war nicht nur die ungünstige internationale Lage Grund für den Verlust Klaipédas, sondern auch der innere politische Kampf in Litauen. Die Erfüllung des polnischen Ultimatums rief großen Unmut in der Gesellschaft hervor, und die Position des Smetona-Regimes wurde deutlich schwächer. Es bildete sich eine breite Koalition gegen die Regierung, in der sich politische Gruppierungen von links bis rechts außen zusammenschlossen.¹⁰ Vorwand für die neue Welle der Kritik am Staat war das Klaipédaproblem. Da die Regierung Smetona versuchte, sich dem Druck aus Deutschland zu widersetzen und im äußersten Falle – um der Wahrung der Souveränität willen – bereit war, auf Klaipédas zu verzichten, zog die Opposition den entgegengesetzten Kurs vor. Sie begann – in der Annahme, das Problem Klaipédas werde sich so gleichsam von alleine lösen – eine tiefgreifende Annäherung Litauens an Deutschland zu verfechten. Der informelle Propagandist dieser Idee, der durch seine deutschfreundlichen Ansichten bekannte Kazys Škirpa, wirkte ab Herbst 1938 als litauischer Botschafter in Berlin.

Klaipédas wurde zum wichtigsten Ort der oppositionellen Aktivitäten, denn hier gab es infolge der Autonomie des Gebietes mehr Freiheiten als in Litauen selbst. Seltsamerweise störte es die Opposition, besonders ihren liberalen Teil, nicht, dass eine Annäherung an Deutschland praktisch nicht nur weitere Zugeständnisse an die deutschfreundlichen Elemente im Memelland bedeutet hätte, sondern auch den Beitritt Litauens zum Antikominternpakt, die Einführung der Nürnberger Gesetze usw. Wahrscheinlich übte die sogenannte „Politik des Appeasements des Aggressors“ einen gewissen Einfluss auf die nach Annäherung an Deutschland strebenden Bürger Litauens aus. Diese Stimmung verstärkte sich besonders im Herbst 1938, als nach der Unterzeichnung des Münchener

⁸ Davon zeugt eine Reihe von Artikeln in der polnischen Presse, vgl. z. B. *Polityka* vom 25.1.1939; *Kurier Wileński* vom 15.1.1939; *Goniec Warszawski* vom 2.2.1939.

⁹ Piotr Łossowski: *Krajpeda kontra Memel. Problemy Krajpedy w latach 1918–1939–1945*. Warszawa 2007, S. 172f.

¹⁰ Gediminas Rudis: Jungtinis antismetoniškės opozicijos sajūdis 1938–1939 metais. In: *Lietuvos istorijos metraštis*. 1996 metai. Vilnius 1997, S. 199–204.

Abkommens der Eindruck entstand, dass quasi ganz Europa Deutschland gefolgt war. Im Dezember 1938 beschloss die Regierung Smetona rigorose Maßnahmen: Einige Oppositionsvertreter wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Doch die Position des Regimes selbst blieb instabil.

Mitte März 1939, als sich das Schicksal der Tschechoslowakei endgültig entschieden hatte, gelangten beunruhigende Informationen von einem näher rückenden Anschluss nach Kaunas. Škirpa wurde mit der Überprüfung des Wahrheitsgehaltes der Informationen beauftragt. Er sondierte so gründlich wie möglich bei den deutschen Stellen, wo man ihm versicherte, die Informationen seien nicht zutreffend. Er informierte seinerseits Kaunas entsprechend.¹¹ In der Zwischenzeit wurde dem litauischen Außenminister Juozas Urbšys über die italienischen Behörden in Rom die inoffizielle Mitteilung übergeben, von Ribbentrop werde ihn endlich empfangen, wenn er auf dem Weg nach Kaunas in Berlin Station mache.

Urbšys stand (wie auch die Regierung Smetona insgesamt) vor einem Dilemma. Einerseits war allen Kabinettsmitgliedern klar, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Urbšys bei einem Besuch in Berlin unangenehme Nachrichten bekommen würde, sehr hoch war. Doch andererseits gab es die beruhigenden Informationen Škirpas. Außerdem wurden auch die Konsequenzen dieses Schrittes geprüft: Wenn Urbšys nicht nach Berlin fuhr, wäre dies Anlass für die Opposition, der Regierung vorzuwerfen, sie habe die einzigartige Chance vertan, sich mit den Deutschen gütlich zu einigen. Nach gründlicher Abwägung von Für und Wider machte Urbšys in Berlin Station und wurde von Ribbentrop empfangen, der die litauische Regierung ultimativ aufforderte, der Übergabe des Memellandes an Deutschland unverzüglich zuzustimmen. Urbšys konnte die Antwort lediglich um 48 Stunden hinauszögern.

Der litauischen Regierung gelang es, in dieser Zeit alle betroffenen Länder von der deutschen Forderung in Kenntnis zu setzen und sich nochmals davon zu überzeugen, dass von nirgendwoher Beistand zu erwarten war. Trotzdem war die Lage für Smetona und seine Entourage nicht aussichtslos. Deutschland verlangte nur das Memelland, dabei hätte es auch ein Protektorat über ganz Litauen fordern können. Für Deutschland war zu jenem Zeitpunkt der Anschein wichtig, dass Litauen dem Anschluss freiwillig zustimmte. Man kann nur rätseln, wie die Deutschen wohl die „freiwillige“ Zustimmung Litauens zum Anschluss erhalten hätten, wenn Urbšys keinen Abstecher nach Berlin gemacht hätte. Die Frage ist nicht müßig, denn von der litauischen Position in jenen Märztagen konnte in gewissem Maße der Verlauf der Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion zur Einberufung einer sogenannten „Sechserkonferenz“ und Unterzeichnung einer Erklärung zur Abwendung einer Aggression abhängen.

Wie dem auch sei, die Schuld an dem Besuch von Urbšys in Berlin trug nicht nur die Regierung, sondern auch der Führer der deutschfreundlichen Richtung selbst. Nicht zufällig verlangte Urbšys, dass der Vertrag über die Übergabe des Memellandes an Deutschland neben seiner Unterschrift auch die Unterschrift Škirpas tragen sollte (auf deutscher Seite wurde das Dokument lediglich von Ribbentrop unterzeichnet). Škirpa leistete kei-

¹¹ Petronėlė Žostautaitė: Klaipėdos kraštas 1923–1939. Vilnius 1992, S. 325.

nen Widerstand, offenbar in der Hoffnung, der Vertrag mit Deutschland (insbesondere der Nichtangriffs-Artikel) werde künftig die Ausrichtung Litauens bestimmen.¹²

Unterdessen änderte sich die politische Lage in Europa grundlegend. Anstelle der Politik des „Appeasements des potentiellen Aggressors“ trat zeitweilig wieder die Suche nach einem Kurs der kollektiven Sicherheit in den Vordergrund. Die Koalition gegen das Smetona-Regime brach auseinander (die Vertreter des liberalen Flügels wandten sich von den deutschfreundlichen Radikalen ab). Smetona selbst organisierte die Regierung geschickt um und nahm Vertreter der liberalen Opposition (der Christdemokraten – Chadecy und Liaudininkai, d. h. Mitglieder des litauischen Bauernverbandes – der liberalen Partei der Mittelschicht und des Kleinbürgertums) in die Regierung auf. Letztlich überstand das Regime den Verlust Klaipédas.

Die Rückgabe von Vilnius

Die damalige Situation könnte man in gewisser Weise folgendermaßen beschreiben: Wenn der Verlust Klaipédas durch Litauen vor allem, bildlich gesprochen, der „Verdrängung“ des Faktors Russland aus Europa zuzuschreiben war, so wurde die Rückgabe von Vilnius durch die „Rückkehr“ dieses Faktors nach Europa möglich. Litauen unternahm alle möglichen Anstrengungen, damit diese Rückkehr erfolgen konnte.

Bekanntlich kam es nach der phänomenalen Kraftanstrengung Deutschlands im März 1939, als es fast zeitgleich Druck auf die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Litauen ausübte, zu einer gewissen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und den westlichen Staaten. Ende März erklärte Großbritannien seine Bereitschaft, Polen (später auch noch Rumänien) für den Fall einer Aggression Beistand zu garantieren und schlug der Sowjetunion vor, sich dem Garantiesystem anzuschließen. So begannen die trilateralen Verhandlungen zwischen London, Paris und Moskau, die die Rückkehr des Faktors Russland in den Bereich der Gestaltung der europäischen Angelegenheiten kennzeichneten.

Leider ist es bis heute nicht möglich, sich ein vollständiges Bild über den Verlauf der trilateralen Verhandlungen zu machen. Es ist bekannt, dass Litvinov den Regierungen der Westmächte am 17. April 1939 einen sowjetischen Garantieentwurf vorstellte, wobei jedoch die Staaten, denen diese Garantien gewährt werden sollten, nicht genannt wurden. Litvinov erläuterte, eine Aufzählung der Staaten würde „unausweichlich als direktes Angebot an Deutschland verstanden werden, sich Litauens zu bemächtigen“.¹³ Er dachte dabei offenbar an eine eventuelle Absicht auf der Grundlage des Nichtangriffs-Artikels zwischen Deutschland und Litauen.

Indessen entwickelte sich im Umfeld Litauens eine höchst pikante Situation. Einerseits wurde die Bindung Litauens an Deutschland nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Übergabe Klaipédas an Litauen deutlich stärker. Es konnte sogar der Eindruck

¹² Ausführlicher siehe dazu Česlovas Laurinavičius: Ką reiškia Lietuvai turėti Klaipėdą? In: Acta historica Universitatis Klaipedensis. T. XXI, S. 5–31.

¹³ Algimantas Kasparavičius u. a. (Hrsg.): SSSR i Litva v gody Vtoroj mirovoj vojny. Sbornik dokumentov. V 2 t. Vil’njus 2006. T. 1: SSSR i Litovskaja respublika (mart 1939 – avgust 1940 gg.). Dok. 2, S. 80–81.

entstehen, dass Litauens Tage als unabhängiger Staat gezählt waren. Andererseits wurde Warschau nach der Garantieerklärung Londons deutlich mutiger und demonstrierte erneut sein großes Interesse am Erhalt der litauischen Souveränität. Da der Konflikt zwischen Deutschland und Polen sich immer mehr verschärfte, war die Neutralität Litauens beiden Ländern bis auf Weiteres durchaus genehm. Litauen konnte zwischen Deutschland und Polen balancieren und erklären, dass es dieselbe Neutralitätspolitik verfolge wie Lettland und Estland.

Allerdings war die Politik der baltischen Staaten *de facto* nicht deckungsgleich. Während Estland und Lettland versuchten, sich durch ihre Neutralität vor den ihnen angebotenen sowjetischen Garantien zu schützen, war Litauen, ganz im Gegenteil, nicht zufrieden, weil es nicht in das voraussichtliche Garantiesystem der Sowjetunion und der westlichen Staaten einbezogen worden war. Zumindest ergriffen die der Entourage Smetonas nahe stehenden litauischen Diplomaten Maßnahmen, um eine Stärkung des Einflusses der Sowjetunion auf Litauen zu erreichen, was vor allem geschah, um ein Gegengewicht zum deutschen und polnischen Einfluss zu schaffen.

Am 15. Mai 1939 erkundigte sich der neue litauische Botschafter in Moskau, Ladas Natkevičius, bei seinem ersten Gespräch mit dem stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Vladimir Potemkin, ob denn bei den englisch-sowjetischen Verhandlungen Garantien für Litauen vorgesehen seien. Ein Litauen ohne solche Garantien wäre nach den Worten des Botschafters in einer „sehr gefährlichen Lage“. Potemkin wollte sich ganz offensichtlich nicht näher zu diesem Thema äußern. Er erklärte lediglich, die Vertreter der englischen Seite hätten bei den trilateralen Verhandlungen in Moskau sowjetische Garantien thematisiert, doch nur im Hinblick auf die Nachbarstaaten der Sowjetunion.¹⁴ Natkevičius war mit dieser Antwort nicht zufrieden. Einige Tage später (am 20. Mai) versuchte er erneut, von Potemkin zu erfahren, wie die Chancen Litauens auf die Gewährung von Garantien stünden.¹⁵ Am 17. Juni erklärte der litauische Botschafter in Riga, Pranas Dailidė, dem sowjetischen bevollmächtigten Vertreter Ivan Zotov ganz direkt, Litauen sei daran interessiert, dass die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich ihm Garantien gewährten. Andernfalls werde Litauen „in Abhängigkeit zu Polen und Deutschland geraten, was nicht im Interesse des Landes insgesamt“ sei.¹⁶ Der litauische Gesandte in Frankreich, Petras Klimas, riet am 27. Juni in einem Schreiben an den stellvertretenden litauischen Ministerpräsidenten Kazimieras Bizauskas dazu, mit Moskau die Einbeziehung Litauens in die trilateralen Garantien zu vereinbaren.¹⁷

Es ist bemerkenswert, dass die litauischen Diplomaten, die versuchten, die russische Aufmerksamkeit auf Litauen zu lenken, ihre Demarchen ausgesprochen vorsichtig unternahmen. In den Dokumenten finden sich Initiativen von Natkevičius, Klimas, Dailidė und des Verteidigungsministers Kazys Musteikis. Doch offiziell legte Litauen hinsichtlich möglicher Garantien eine Haltung wie Lettland und Estland an den Tag, was der Leiter der politischen Abteilung, (der den Christdemokraten nahe stehende) Eduardas Turaus-

¹⁴ Ebd., Dok. 8, S. 94–96.

¹⁵ Ebd., S. 96.

¹⁶ Ebd., Dok. 12, S. 105.

¹⁷ LCVA, f. 383, op. 7, d. 2143, l. 48–49.

kas im Gespräch mit dem britischen Botschafter in Litauen, Thomas Preston, am 15. Juni 1939 auch aussprach. Da er die sowjetische Politik sehr skeptisch sah, schlug er daraufhin für die trilateralen Verhandlungen eine Formel vor, nach der einem betroffenen Land nur auf dessen Bitte hin Beistand gewährt werden konnte.¹⁸ Ab Juli 1939, nachdem die Position Moskaus, das die Formel von der sogenannten „indirekten Aggression“ aufgebracht hatte, rigoroser geworden war, wurden die Demarchen der litauischen Diplomaten noch vorsichtiger.¹⁹

Nach Kriegsbeginn erklärte Litauen seine Neutralität und bemühte sich darum, diese einzuhalten, obwohl es starkem Druck aus Deutschland ausgesetzt war, das Litauen drängte, sein heiß ersehntes Ziel, die Rückgabe des bis dahin zu Polen gehörenden Vilnius, anzugehen. Es ist bemerkenswert, dass Litauen der Versuchung nicht nur aus außenpolitischen, sondern auch aus innenpolitischen Erwägungen widerstand. Einerseits hegte Smetona keine Sympathien für den Nationalsozialismus und glaubte nicht an einen möglichen Endsieg Deutschlands. Andererseits, will man den Erinnerungen von Stasys Raštikis (damals Befehlshaber der litauischen Streitkräfte) Glauben schenken, konnte bei einem eventuellen Marsch auf Vilnius die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass deutschfreundliche Elemente versuchen würden, Smetona zu stürzen.²⁰ Diese Situation hätte jedoch nicht nur der regierenden Elite nicht gefallen, sondern auch dem Großteil der oppositionellen Kräfte. Obwohl es zu dieser Zeit genügend deutschfreundlich eingestellte Bürger in Litauen selbst gab, überzeugte doch die Information, dass im Falle eines Marsches der litauischen Truppen auf Vilnius alsbald Truppen aus Ostpreußen in litauischen Uniformen Litauen „zu Hilfe“ eilen würden, selbst die deutschfreundlichen Elemente, dass es besser wäre, einen solchen Marsch nicht zu unternehmen.²¹

Die Situation änderte sich, nachdem Teile der Roten Armee Vilnius besetzt hatten. Am 19. September wurde Natkevičius vom Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Vjačeslav Molotov, empfangen. Der Botschafter fragte diesen, wie groß die Chancen Litauens seien, sich Vilnius auf der Grundlage des litauisch-sowjetischen Vertrages von 1920 zurückzuholen.²² Da Molotovs Antwort ermutigend ausfiel, informierten die litauischen Diplomaten umgehend die Regierungen der westlichen Staaten darüber, dass Litauen sich Vilnius im nächster Zukunft zurückholen werde.²³ Mit anderen Worten, Litauen schloss nicht aus, dass es Vilnius aus den Händen der Sowjetunion „bekommen“ könnte.

Die nach Moskau angereisten Mitglieder der litauischen Delegation erlitten vermutlich einen Schock, als sie von der sowjetischen Führung erfuhren, wie die Bedingungen für die Unterzeichnung eines möglichen Vertrages zwischen der Sowjetunion und Litauen aussehen sollten. Vor allem, weil Litauen einen Teil des litauischen Hoheitsgebietes in

¹⁸ *Kasparavičius u. a.* (Hrsg.): SSSR i Litva v gody Vtoroj mirovoj vojny, T. 1, Dok. 13, S. 106–107. Ein anderes offiziell von der litauischen Diplomatie vorgebrachtes Projekt war die Sondierung der Möglichkeit, eine Anerkennung der litauischen Neutralität durch alle betroffenen Länder (eventuell mit Lettland und Estland) zu erreichen.

¹⁹ Ebd., Dok. 19, S. 129.

²⁰ *Stasys Raštikis*: Kovose dėl Lietuvos. Kario atsiminimai. Vilnius 1990. T. 1, S. 592.

²¹ Für Informationen aus polnischen Quellen vgl. LCVA, f. 383, op. 7, d. 2014, l. 11.

²² *Kasparavičius u. a.* (Hrsg.): SSSR i Litva v gody Vtoroj mirovoj vojny, T.1, Dok. 36, S. 181–186.

²³ Ebd., Dok. 40, S. 194–196; Dok. 45, S. 213–217.

der Suvalkija an Deutschland abgeben sollte. Als jedoch aus Berlin die Versicherung kam, dass die Klärung dieser Frage einstweilen nicht aktuell sei, war man deutlich weniger beunruhigt. Die Diskussion bei den litauisch-sowjetischen Verhandlungen drehte sich vor allem um die Bedingung der sowjetischen Seite, in Litauen Stützpunkte der Roten Armee zu errichten.

Die Erfüllung dieser Kondition stellte ohne Zweifel eine Bedrohung für die Souveränität Litauens dar. Außerdem wurde der Stolz der litauischen Elite verletzt, die der Ansicht war, Litauen sei ein besonderer Staat, eine Art „Puffer“ (*état-tampon*) zwischen Deutschland und der Sowjetunion, sodass das Schicksal Estlands und Lettlands Litauen auf gar keinen Fall treffen konnte.²⁴ Allerdings wurde allem Anschein nach der Begriff „Puffer“, ebenso wie die tatsächliche Rolle eines solchen, in Kaunas allzu formal verstanden. Die litauische Delegation brachte bei den Moskauer Verhandlungen in dem Versuch, die sowjetische Führung davon zu überzeugen, dass die Errichtung sowjetischer Militäristützpunkte in Litauen nicht sinnvoll sei, verschiedene Argumente vor. Doch ohne Erfolg. Letztlich zogen sich die Verhandlungen hin und dauerten doppelt so lange wie die entsprechenden Verhandlungen Moskaus mit den Esten und Letten.

Wenn man den Verlauf der litauisch-sowjetischen Verhandlungen analysiert, kommt man zu dem Schluss, dass die litauische Regierung die Frage, ob die sowjetischen Bedingungen angenommen werden sollten oder nicht, überhaupt nicht ernsthaft diskutierte. Als der Kern der sowjetischen Bedingungen klar geworden war (Errichtung von Stützpunkten im Austausch gegen die Rückgabe von Vilnius), brachte die litauische Seite keinerlei stichhaltige Gegenargumente vor, um sich der Erpressung zu widersetzen. Obwohl es Voraussetzungen dafür gab. Die Weisung von Ribbentrops vom 5. Oktober 1939, in der davon die Rede war, dass die deutschen Forderungen hinsichtlich des litauischen Hoheitsgebiets nicht aktuell seien, hatte bei den Verhandlungen der litauischen Delegation mit den Vertretern der sowjetischen Seite gewisse Manövriermöglichkeiten eröffnet.²⁵ Allerdings baute Urbšys während der Verhandlungen nur auf den guten Willen der sowjetischen Führung und berief sich auf die historischen Traditionen der litauischen Staatlichkeit. Nach einer seiner langen Reden unterbrach der bei den Verhandlungen anwesende Stalin, nachdem er sich davon überzeugt hatte, dass die Mitglieder der litauischen Delegation ganz offensichtlich keinen Widerstandsgedanken hatten, den Vortrag von Urbšys mit dem nicht gerade höflichen Zwischenruf: „Junger Mann, Sie reden zu viel.“²⁶

Es entsteht der Eindruck, die litauische Seite habe sich bemüht, die Verhandlungen nach Möglichkeit in die Länge zu ziehen, um wenigstens irgendwie das Gesicht zu wahren. In Litauen selbst waren keine ernsthaften Einwände gegen die Unterzeichnung eines Vertrages mit der Sowjetunion festzustellen. Die litauische Gesellschaft war eindeutig

²⁴ Edvardas Turauskas: Lietuvos nepriklausomybės netenkant. Kaunas 1990, P.77.

²⁵ Ausführlicher siehe dazu Česlovas Laurinavičius: The Baltic States between the World Wars: Foreign Policy Options and the Problem of Neutrality. In: Carsten Goehrke u. a. (Hrsg.): Die baltischen Staaten im Schnittpunkt der Entwicklungen. Vergangenheit und Gegenwart. Basel 2002, S. 121–132.

²⁶ Juozas Urbšys: Lietuva lemtingaisiais 1939–1940 metais. Vilnius 1988, S.32; Raštikis, Kovose dėl Lietuvos, S.614; Turauskas, Lietuvos nepriklausomybės netenkant, S.124; Kazys Škirpa: Lietuvos nepriklausomybės sutemos. 1938–1940. Atsiminimai ir dokumentai. Chicago / Vilnius 1996, S.255.

begeistert von der Perspektive, die historische Hauptstadt zurückzubekommen, und dieser Umstand wurde von der sowjetischen Führung ohne Zweifel ausgenutzt. Doch auch Smetona konnte einen gewissen Profit aus der entstandenen Situation schlagen. Während der Moskauer Verhandlungen wurden Vertreter der Christdemokraten (Raštikis, Bizauskas) in die litauische Delegation aufgenommen. So teilte das Regime erneut die Verantwortung für einen problematischen Vertrag (diesmal mit den Sowjets) mit der wichtigsten oppositionellen Gruppe. Bereits nach dem Übergang von Vilnius und der angrenzenden Bezirke in litauischen Besitz bildete Smetona erneut die Regierung um, wobei er die widerspenstigsten Oppositionellen entfernte und so die eigene Position eine Zeitlang festigte.

Fehlentscheidungen

Wenn sich Historiker über die Politik der sowjetischen Führung im Hinblick auf die baltischen Staaten im Jahre 1940 Gedanken machen, so kommen sie zu dem Schluss, dass für alle Entscheidungen im Wesentlichen zwei Motive ausschlaggebend waren: Großmachtstreben und Sicherheitserwägungen.²⁷ Natürlich ist der Ausgangspunkt für solche Schlussfolgerungen rückblickend die gewaltsame Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion. Dabei stützen sich diese Schlüsse allerdings in der Regel nur auf indirekte Beweise, denn bis jetzt wurden noch keine Dokumente gefunden, die unmittelbar darauf hinweisen, wann genau und aus welchen konkreten Gründen die Entscheidungen im Hinblick auf die baltischen Staaten getroffen wurden. Daher bleibt die Erforschung möglichst aller indirekten Umstände, die Licht auf den uns interessierenden Gegenstand werfen können, nach wie vor eine aktuelle Aufgabe. Insofern scheint auch das Wissen um die konkreten Handlungen Litauens von Bedeutung zu sein, und zwar das Studium seiner Nationalitätenpolitik im Hinblick auf die Polen in der Region Vilnius und das Verhalten Litauens gegenüber den Vertretern der sowjetischen Seite.

Mit Blick auf die Region Vilnius kann man sagen, dass sich sowohl Smetona selbst als auch seine Entourage natürlich darüber im Klaren waren, welche inneren und äußeren Probleme mit dem Erwerb der Region auf Litauen einstürmten. Daher war die ursprüngliche Einstellung der litauischen Behörden zur Bevölkerung der Region zurückhaltend und gemäßigt: Man bemühte sich um Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten der Region und nach Möglichkeit den Erhalt der Verbindungen zur polnischen Regierung (die zu jener Zeit bereits im französischen Exil war). Obwohl in der offiziellen litauischen Presse immer wieder betont wurde, dass der langersehnte Übergang von Vilnius in die litauische Verwaltung stattgefunden habe, wurde die Region in Wirklichkeit nicht direkt zu Litauen eingegliedert. Auf den von der Regierung für die Verwaltung der Region eingerichteten Posten eines Bevollmächtigten wurde Merkys berufen, einer der engsten Mitstreiter Smetonas.

²⁷ Natalja S. Lebedeva: Germanija i prisoedinenie Litvy k SSSR. In: Aleksandr O. Čubar'jan (Red.): Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg. Ot sovetsko-germanskich dogovorov 1939 goda do napadenija Germanii na SSSR. Materialy meždunarodnoj konferencii. Moskva 2006, S. 246–267; Aleksandr O. Čubar'jan: Kanun tragedii. Stalin i meždunarodnyj krizis. Sentjabr' 1939–ijun' 1941 goda. Moskva 2008, S. 251–292.

Die Pläne der litauischen Regierung – die Übernahme der Verwaltung von Vilnius möglichst sanft zu gestalten – wurden durch die Reaktion der dort ansässigen polnischen Bevölkerung zunichte gemacht. Schon in den ersten Tagen der litauischen Präsenz in Vilnius begannen Demonstrationen und Massenausschreitungen, die Smetona zu einer Änderung seiner Pläne veranlassten. Merkys wurde nach Kaunas versetzt, wo er Regierungschef wurde, seine Funktion übernahm der Christdemokrat Bizauskas. Mit diesem Stühlerücken verfolgte Smetona möglicherweise zwei Ziele: erstens, den Christdemokraten die gesamte Last der Probleme von Vilnius aufzubürden, zweitens, in Anbetracht der polenfreundlichen Ausrichtung der Chadecy, die Beziehungen mit den Polen möglichst nicht zu verderben. Hier hatte sich Smetona allerdings verrechnet.

Die Chadecy verhielten sich anders und nicht so, wie es von ihnen erwartet wurde. Sie begannen dafür zu kämpfen, die Hauptstadt schneller nach Vilnius zu verlegen und sich für eine radikale Bodenreform in der Region stark zu machen (was von Smetona verhindert wurde). Doch das Wichtigste war, dass Bizauskas begann, die Litauisierung der Region Vilnius zu forcieren und dabei immer härtere Maßnahmen gegen die polnische Bevölkerung ergriff. Es ist bemerkenswert, dass die von Bizauskas gegen die Polen in Vilnius eingeleiteten Schritte besonders im Frühjahr 1940 verschärft wurden.

Man kann annehmen, dass die Chadecy darauf zählten, durch die Aktivierung des litauischen Nationalismus die Position Smetonas untergraben zu können. Das gefiel sowohl den Radikalen aus der Regierungspartei Tautininkai, die mit Smetonas Liberalismus unzufrieden waren, als auch den linken Radikalen. Letztlich setzten sich die Chadecy durch: Die Position Smetonas wurde unterminiert, doch mit ihr auch die Position des gesamten litauischen Staates.

Denn der polnische Faktor war von wesentlicher Bedeutung für die internationale Position Litauens. Nach der Unterzeichnung des litauisch-sowjetischen Vertrages im Oktober 1939 verließ der polnische Botschafter aus Protest demonstrativ Litauen, die polnische Exilregierung nahm später allerdings die Beziehungen zu Kaunas wieder auf. Die polnische Regierung, die sich praktisch im Exil befand, sanktionierte gewissermaßen die Rückgabe von Vilnius an Litauen und verschloss sogar eine Zeitlang die Augen vor den Aktionen der litauischen Behörden gegenüber den Polen. Diese Position der polnischen Regierung wurde von dem einfachen Kalkül diktiert, dass der Übergang der Region Vilnius in die Gewalt Litauens für die Polen das geringste Übel war. Das wurde nach dem Beginn des „Winterkrieges“ (des Angriffs der Sowjetunion auf Finnland) besonders augenfällig. Damals standen auch die westlichen Länder am Rande eines Krieges mit der Sowjetunion. Die wohlwollende Haltung der polnischen Regierung und der Regierungen der westlichen Staaten gegenüber Litauen kam der sowjetischen Führung zu jener Zeit übrigens sehr gelegen, denn sie war mit den Schwierigkeiten im Krieg gegen die Finnen beschäftigt. In dieser Situation war es für sie wichtig, die Beziehungen zum Westen nicht endgültig abzubrechen.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Finnland im März 1940 begannen sich die Beziehungen der Sowjetunion zu den Staaten des Westens zu verbessern, und nach dem Ende des „seltsamen Krieges“ in Westeuropa wurde der Faktor Sowjetunion für die westlichen Staaten immer wichtiger. Vor diesem Hintergrund verlor Litauen seine frühere Bedeutung in der internationalen Politik, und die polnische Regierung hörte im Ergebnis auf, so zu tun, als würde sie die Übergriffe in Vilnius nicht bemerken. Ende

April und Anfang Mai gab die polnische Regierung einige scharfe Erklärungen ab, in denen sie Litauen im Grunde genommen mit den sogenannten Feindstaaten gleichsetzte (*de facto* war damit Deutschland gemeint). Zu jener Zeit wurden die Erklärungen der polnischen Regierung streng von der Zensur in Paris und London kontrolliert. Man kann daher sagen, dass die Gleichsetzung Litauens mit den Feindstaaten durch den Westen insgesamt geschah.²⁸ Es ist nicht bekannt, ob die sowjetische Führung bei ihrem Beschluss, Litauen im Mai 1940 unter Druck zu setzen, den Umstand berücksichtigte, dass dessen Ansehen im Westen beschädigt war, obwohl dieser Umstand für die Sowjetunion objektiv von Nutzen war.

Bis heute ist nicht ganz klar, warum gerade im Frühjahr 1940 die antipolnische Stimmung in Vilnius stärker zu werden begann. Eine die Problematik nicht vollständig erfassende Antwort könnte die folgende sein: Das zuvor in Bewegung gesetzte Schwungrad des Nationalismus konnte nicht mehr angehalten werden, es wurde jetzt von selbst schneller. (Besondere Intoleranz zeichnete die litauischen Studenten aus, die von Kaunas nach Vilnius gekommen waren, um die polnischen Nationalisten lautstark zu bekämpfen.)

Doch es gibt noch eine andere Erklärung. Anfang 1940 veröffentlichte der den Chadecy nahe stehende Befehlshaber der Streitkräfte, Raštikis, einen Artikel, in dem er an die Regierung appellierte, den Umzug der Hauptstadt nach Vilnius nicht auf die lange Bank zu schieben und in der Region eine Bodenreform durchzuführen. Smetona und seiner Entourage wurde klar, dass die Chadecy auf eine Revolution des Volkes setzten, die das ihnen missliebige Regime stürzen sollte. Außerdem bereiteten sich die Chadecy auf eine Situation vor, in der eine Besetzung Lettlands durch sowjetische Truppen möglich wäre.²⁹ Es ist bemerkenswert, dass sie darauf zählten, ihren Einfluss auf das Volk selbst bei einer Sowjetisierung erhalten zu können, indem sie den sozialen und nationalen Aspekt ihrer Ideologie auf jede Art und Weise betonten.³⁰ Bei dieser Kräfteverteilung blieb Smetona und seinen Mitstreitern nichts anderes übrig, als sich nach Möglichkeit den Anschein zu geben, man habe ebenfalls die nötigen Ressourcen, um an der Macht zu bleiben.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass ungeachtet der von einigen Historikern in der Vergangenheit in Umlauf gebrachten Versionen bisher keine direkten Beweise dafür gefunden wurden, dass die litauischen Behörden irgendwelche Vereinbarungen mit Deutschland gegen die Sowjetunion getroffen hätten. Solche Vereinbarungen gab es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht. Zweifelhaft sind auch die Szenarien, die davon ausgehen, die litauische Regierung habe ernsthaft über ein mögliches Militärbündnis der baltischen Staaten diskutiert. Sehr viel wahrscheinlicher ist es, dass die Regierung Smetona lediglich zu spekulieren versuchte, um ihr Image zu verbessern. Außerdem hatte Litauen einige objektive Gründe für solche Spekulationen.

²⁸ Ausführlicher siehe dazu Česlovas Laurinavičius: Vil’njus vo vlasti Litvy 1939–1940 gg.: vnutrennie i vnešnie aspekty. In: Čubar'jan (Red.), Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg., S. 228–245.

²⁹ Interessant ist, dass der sowjetische Botschafter in Litauen, N. Pozdnjakov, in seinem Bericht nach Moskau über die Entlassung von Raštikis durch Smetona nicht erklären konnte, aus welchem Grunde Raštikis abgesetzt worden war (vgl. Kasperavičius u. a. (Hrsg.): SSSR i Litva v gody Vtoroj mirovoj vojny, T. 1, Dok. 135, S. 500).

³⁰ Arturas Svarauskas: Social’no-političeskaja platforma litovskich christianskich demokratov v period 1918–1940 g. [Habilitationsschrift, Manuskript].

Obwohl es im Herbst 1939 offensichtlich wurde, dass die baltischen Staaten in die Einflusssphäre der Sowjetunion geraten waren, gab es im Hinblick auf Litauen keine absolute Klarheit. Vor allem, weil nach dem geheimen Zusatzprotokoll zum Molotov-Ribbentrop-Pakt, der am 28. September 1939 unterzeichnet wurde, ein Teil des litauischen Hoheitsgebiets Deutschland zugeschlagen wurde. Da die litauische Führung von diesem Umstand erfuhr (Stalin selbst sagte es Urbšys), kam es zu Mutmaßungen, Deutschland habe nicht völlig auf Litauen verzichtet. Diese Vermutungen bekamen neue Nahrung, als Ende 1939 klar wurde, dass Deutschland es mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Litauen nicht eilig hatte. Die Bedeutung des Faktors Deutschland nahm vor dem Hintergrund des schlechten Ansehens der Roten Armee zu, die sich im „Winterkrieg“ als recht schwach erwiesen hatte. Man kann hinzufügen, dass sich Litauen im April 1940 gezwungen sah, mit Deutschland einen für Litauen sehr ungünstigen Handelsvertrag zu unterzeichnen, und die Sowjetunion es, laut einigen Angaben, ablehnte, Litauen beizustehen. Wenn man all das berücksichtigt, ist es nicht verwunderlich, dass man in Kaunas in der Tat in Zweifel geraten konnte, zu wessen Einflusssphäre Litauen nun wirklich gehörte.

Es hat den Anschein, dass die Mitstreiter Smetonas zur Aufrechterhaltung ihres autoritären Prestiges möglicherweise die Spekulationen über ein starkes Deutschland und eine schwache Sowjetunion ausnutzten. Diesen Schluss legen vor allem die Berichte über die Gespräche des Botschafters in Moskau, Natkevičius, mit sowjetischen Diplomaten nahe. Nach diesen Berichten begann Natkevičius ungefähr ab Ende 1939, sich bei diesen Begegnungen selbstbewusster zu geben. Wenn man die Berichte über die Gespräche mit Molotov und anderen Vertretern der Sowjetunion liest, kann man feststellen, dass Natkevičius im Frühjahr 1940 Dutzende verschiedener Forderungen stellte, und die Vertreter der sowjetischen Seite sahen sich gezwungen, irgendwie darauf zu reagieren.³¹ Interessant ist, dass Molotov bei einem der Gespräche gleichsam im Scherz bemerkte, es sei „nicht richtig, die Frage nach Kriegsbeute zu stellen“. Doch auch danach veränderte Natkevičius seine Haltung nicht.³² Es konnte tatsächlich der Eindruck entstehen, Litauen liege nicht in der Einflusssphäre der UdSSR. Erst nach der Note Molotovs, die Natkevičius am 25. Mai überreicht wurde, war die Situation absolut klar.

Aus einem anderen Dokumentenpaket – der Korrespondenz der sowjetischen diplomatischen Vertreter in Litauen – ergibt sich, dass die litauische Position ab Ende 1939 begann, die sowjetische Seite zu beunruhigen. Bemerkenswert ist allerdings Folgendes: Wenn man die Berichte der sowjetischen Diplomaten nach Moskau heranzieht, so achten diese nicht besonders auf den speziellen Charakter der litauisch-polnischen Beziehungen und setzten sich nicht inhaltlich mit dem Kampf zwischen der Smetona-Gruppe und den Chadecy auseinander. Das Hauptmotiv ihrer Berichte ist ein gewisses psychisches Unbehagen, das sie angesichts der Tatsache empfanden, dass in Litauen weder eine angemessen respektvolle Haltung gegenüber der Sowjetunion noch Dankbarkeit ihr gegenüber im Hinblick auf die Rückgabe von Vilnius zu bemerken waren. Nach Ansicht der

³¹ *Kasparavičius u. a.* (Hrsg.): SSSR i Litva v gody Vtoroj mirovoj vojny, T. 1, Dok. 92, S. 378–381; Dok. 100, S. 395–397; Dok. 102, S. 404–406; Dok. 108, S. 421–424; Dok. 123, S. 444–448; Dok. 132, S. 490–490; vgl. auch AVP SSSR (heute AVP RF), f. Dekanozova, op. 2, por. 86, p. 8, l. 120–128; por. 87, p. 8, l. 37–45.

³² *Kasparavičius u. a.* (Hrsg.): SSSR i Litva v gody Vtoroj mirovoj vojny, T. 1, Dok. 123, S. 445.

sowjetischen Diplomaten trugen die litauischen Behörden eine Mitverantwortung dafür, wie auch für vieles andere. Zum Beispiel dafür, dass während des „Winterkrieges“ in der litauischen Gesellschaft die Sympathien für die Finnen überwogen hatten; dafür, dass in Litauen Witze über sowjetische Soldaten kursierten; dafür, dass in der litauischen Presse überwiegend Meldungen westlicher und nicht sowjetischer Agenturen erschienen. Nach Aussage von Nikolaj Pozdnjakov fühlten sich die Vertreter der Sowjetunion in Litauen geradezu wie „Einfaltspinsel“.³³

Nach Analyse dieser Vorwürfe und Kränkungen auf Seiten der Vertreter der Sowjetunion liegt der Schluss nahe, dass der Grund dafür zum Teil in einem objektiv bestehenden Unterschied in der Werteskala lag, mit dem sich die Sowjetmenschen in diesem Land mit seiner anderen Gesellschaftsordnung konfrontiert sahen. Andererseits kann es sein, dass sich hinter all den Realien, die die sowjetischen Diplomaten in Litauen so sehr aufbrachten, lediglich der Wunsch der Litauer verbarg, die Schwäche ihrer Position nicht zur Schau zu tragen. Allerdings kam man in Moskau wohl zu dem Schluss, dass sich eine Kraft, die der Sowjetunion gefährlich werden könnte, dahinter verbarg – oder verbergen könnte.

So ist also festzustellen, dass die Position Litauens in der internationalen Politik im Frühjahr 1940 deutlich schwächer geworden war: aufgrund des Konflikts mit den Polen, und innerhalb des Landes – wegen der Meinungsverschiedenheiten zwischen den wichtigsten politischen Kräften. Dieser Umstand hat das ungehinderte Vordringen der Sowjetunion nach Litauen im Sommer 1940 zumindest objektiv begünstigt. Auf der Grundlage all dessen, was gesagt wurde, kann mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit die Behauptung aufgestellt werden, dass weder die Vertreter der Sowjetunion noch die politischen Gruppierungen in Litauen eine adäquate Wahrnehmung der Lage hatten. Es ist anzunehmen, dass Molotov, als er Merkys Anfang Juni 1940 empfing und diesen durch sein Verhalten völlig „erdrückte“, sich davon überzeugen konnte, dass keinerlei reale Kraft hinter Litauen stand.³⁴ Zweifellos begriff Smetona, als er das Ultimatum aus Moskau erhielt, dass er dieses Mal verloren hatte. Wahrscheinlich mussten auch die Chadecy dies begreifen, als sie auf den Vorschlag, Raštikis zum neuen litauischen Ministerpräsidenten zu ernennen, eine Abfuhr von Molotov erhielten.³⁵ Allerdings fielen die unmittelbaren Konsequenzen aus den Fehlern für beide Seiten natürlich unterschiedlich aus.

³³ Ebd., Dok. 135, S. 502.

³⁴ Zu den Berichten aus dem Tagebuch V. M. Molotovs über seine Gespräche mit A. Merkys Anfang Juni 1940 vgl. ebd., Dok. 165, S. 562–565; Dok. 169, S. 573–577; Dok. 171, S. 579–585.

³⁵ Ebd., Dok. 179, S. 602.